

Eine Replik auf Pierre Heumanns Beitrag «Lohnschere zwischen Geschlechtern» (BaZ vom 18.12.)

«It's the Gesellschaftspolitik, stupid!»

Von Anita Fetz

Ach, schon wieder so ein Rollback-Artikel zur Gleichberechtigung, wie sie zurzeit von einer gewissen Journalistenströmung gehegt und gepflegt werden, gäh! Dachte ich beim ersten Überfliegen. Und doch: Dieser Rundumschlag von «Weltwoche»- und BaZ-Journalist Pierre Heumann zur Lohnungleichheit kann nicht kommentarlos durchgehen.

Wenn man Äpfel mit Äpfeln vergleicht, das heisst Männer und Frauen mit gleicher Ausbildung, gleichem Alter, gleicher Berufserfahrung, in gleicher Position und aus der gleichen Branche, dann existiert eine Lohndifferenz von etwa zehn Prozent, die nicht anders als durch Diskriminierung erklärt werden kann. So weit, so schlecht. Der «gleiche Lohn für gleiche Arbeit» ist zwischen Mann und Frau also nach wie vor nicht durchgesetzt.

Bis in diese Tiefen dringt Heumann vor lauter Jonglieren mit Birnen und Äpfeln aber gar nicht erst vor. Denn er beisst sich in seine These fest, es gebe gar keine Diskriminierung. Im Gegenteil: Ein Lohngefälle sei Ausdruck der individuellen Work-Life-Balance einer Frau. Und damit «Teil der Freiheit, über die Arbeitszeit und die Karriere autonom bestimmen zu dürfen» (Unterton: Gleicher Lohn wäre Bevormundung der Frau). Wow!

Von wegen Wahlfreiheit

Also, liebe berufstätige Mütter, die ihr zwischen Arbeit, Organisation der Kinderbetreuung und Haushalt hin- und herhetzt, genießt endlich eure Freiheit: Der Heumann hats gesagt! Und ihr, liebe berufstätige, partnerschaftlich orientierte Väter, die ihr Teilzeit arbeitet und trotz minutiöser Planung des Familienlebens immer wieder improvisieren müsst, weil ein Kind halt mal ungeplant krank wird, tut nicht so gestresst, genießt eure Work-Life-Balance: Der Heumann hats gesagt! Ungleicher Lohn sei Ausdruck eurer Freiheit, lasst euch nicht mit gleichem Lohn für gleiche Arbeit bevormunden!

Das Skandalöse an der Sicht des Autors: Er blendet völlig aus, dass die «Wahlfreiheit» der meist gut qualifizierten Frauen für Teilzeitarbeit wenig mit Autonomie und viel mit den gesellschaftspolitischen Verhältnissen zu tun hat, in denen Eltern Beruf und Familie unter einen Hut bringen müssen.

Die familienexterne Kinderbetreuung ist in der Schweiz für den gut qualifizierten Mittelstand im internationalen



Sachzwänge. Die Realität verlangt von Frauen oft, dass sie Familie und Beruf unter einen Hut bringen. Foto Fotolia

Vergleich rekordteuer. Die Wartelisten lang. Die Öffnungszeiten der Kinderbetreuungsinstitutionen kollidieren mit den Anforderungen der Arbeitswelt. Dazu kommt ein Steuersystem, das durch die Progression jeden Anreiz des weniger verdienenden Partners zu mehr Arbeit massiv behindert. In der Regel ist das die Frau.

Völlig absurd wird die Ausbremsung von qualifiziertem weiblichen Potenzial, wenn man die volkswirtschaftlichen Kosten berücksichtigt.

Gérard Depardieu hat Frankreich wegen eines Grenzsteuersatzes von 75 Prozent den Rücken gekehrt: Von jedem zusätzlich verdienten Franken hätte er 75 Rappen dem Staat geben müssen. Dabei sind diese 75 Prozent geradezu ein Akt christlicher Näch-

tenliebe – verglichen mit der Situation von mittelständischen Familien in der Schweiz: Avenir Suisse hat laut NZZ vorgerechnet, dass der implizite Grenzsteuersatz für die Zweitverdienerin bis zu 90 Prozent betragen kann. Dass unter solchen Vorzeichen viele berufstätige Mütter nur Teilzeit arbeiten, hat wenig mit Freiheit und viel mit ökonomischem Zwang zu tun. Erst recht, wenn die Frau für die gleiche Arbeit weniger verdient. Ändern könnte das ein Systemwechsel zur Individualbesteuerung. Bloss: Von den grossen Parteien sind nur SP und FDP dafür.

In Widersprüchen verstrickt

Vollkommen absurd wird diese Ausbremsung von qualifiziertem weiblichen Potenzial, wenn man die volkswirtschaftlichen Kosten mitberücksichtigt. Ein Beispiel: Das Studium einer Ärztin kostet die Steuerzahler etwa eine halbe Million Franken. Gerade Hausärzte werden in der Schweiz überall gesucht. Doch mangels unkom-

plizierten Kinderbetreuungsmöglichkeiten ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass die Ärztin nur noch Teilzeit arbeitet, sobald sie Mutter wird. Um den Bedarf an Ärzten zu decken, importieren wir sie dafür zu Tausenden (!) aus dem Ausland. In anderen Fachgebieten ist es nicht anders.

Vollends bizarr wird es, wenn man weiss, dass die Wirtschaft händelnd nach Fach- und Führungskräften sucht. Und sich dieser Trend wegen der demografischen Entwicklung noch verstärken wird. Zur Absurdität dieser Situation passt, dass es gerade jene politischen Kräfte sind, die am lautesten die «Masseneinwanderung» stoppen wollen, die sich am stärksten gegen Lohngleichheit, Individualbesteuerung und ausserfamiliäre Kinderbetreuung wehren. Und dafür lieber von Work-Life-Balance schwadronieren.

Ist es schon Tollheit, so hat es doch Methode: «It's the Gesellschaftspolitik, stupid!» Anita Fetz (SP) ist Ständerätin Basel-Stadt.

Polizei räumt Streikposten

Arbeitskampf vor Spital unsanft beendet

Neuenburg. Die Polizei hat am frühen Mittwochmorgen einen Streikposten vor der Neuenburger Privatklinik La Providence geräumt. Die Gewerkschaften fordern von der Privatspitalgruppe Genolier verbindliche Zusagen zur Einhaltung des Branchen-GAV.

Gemäss Angaben der Polizei ging eine Strafklage gegen für den Streik Verantwortliche der Gewerkschaften Syna und VPOD bereits am 13. Dezember ein. Die Räumung sei nun erfolgt, nachdem zwei Aufforderungen zur Räumung am 22. und 24. Dezember nicht nachgekommen worden sei.

Ein Teil der Angestellten wehrt sich seit mehreren Wochen gegen die Übernahme des Spitals durch Genolier und die vorsorgliche Kündigung des GAV Santé 21 durch die Privatspitalgruppe. Genolier will die Arbeitnehmenden spätestens ab 2014 einer eigenen Regelung unterstellen.

Die Streikenden haben vor Weihnachten die Unterstützung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) und von Travail.Suisse erhalten. Die beiden Dachverbände appellierten an den Neuenburger Regierungsrat, sich für Garantien zur Respektierung des Branchen-GAV einzusetzen. SDA

Die Jura-Frage kocht wieder hoch

2013 könnte zum Schicksalsjahr für den Berner Jura werden

Bern. Nach Jahren relativer Ruhe droht der Jura-Konflikt im kommenden Jahr erneut aufzuflammen. Grund dafür ist eine geplante Volksabstimmung, in der sich die Bevölkerung zur institutionellen Zukunft ihrer Region äussern kann. Hinter dem technischen Begriff «institutionelle Zukunft» verbirgt sich nichts anderes als die Frage nach der Kantonszugehörigkeit des Berner Jura.

Dieser französischsprachige Zipfel blieb 1979 bei der Gründung des Kantons Jura bei Bern. Und eben dieser Umstand sorgt seither für mehr oder weniger Unruhe in der Region.

Auch wenn sich die Bevölkerung im Berner Jura bisher stets gegen einen Kantonswechsel ausgesprochen hat, die Stimmen, die eine Ablösung von Bern fordern, blieben unüberhörbar laut.

Zwei Modelle zur Auswahl

Unter der Federführung des Bundes wurde über Jahre an möglichen Lösungen der Jura-Frage gearbeitet. 2009 lagen zwei Modelle auf dem Tisch: ein Verbleib des Berner Juras beim Kanton Bern oder die Schaffung eines neuen Kantons, bestehend aus dem heutigen Kanton Jura und dem Berner Jura. Die Bevölkerung der Region soll darüber befinden, so die Idee. Unter dem wachsenden Auge des Bundes leisteten die

Kantone Bern und Jura Anfang 2012 eine feierliche Absichtserklärung. Geplant wurde Folgendes: In einem ersten Schritt soll sich die Bevölkerung im Berner Jura und im Kanton Jura im Herbst 2013 zur Gründung eines neuen, gemeinsamen Kantons äussern. Lehnt die eine oder andere Seite dies ab, wird das Projekt fallengelassen.

Hintertürchen für Moutier

Für die einzelnen Gemeinden bleibt ein Hintertürchen: In einem zweiten Schritt sollen sie auf Wunsch individuell über einen Kantonswechsel befinden können. Dieser Passus ist vorab auf das autonomistisch gesinnte Städtchen Moutier gemünzt. Dort wehte mitunter auch schon die Jurafahne auf dem Rathaus.

Die geplante Abstimmung sorgt vor allem in berntruenen Kreisen für hochrote Köpfe. Die Berntruenen wehren sich mit Händen und Füssen dagegen. Selbstverständlich findet der Konflikt auch seinen Niederschlag im Berner Kantonsparlament. Eine Mehrheit des Grossen Rates wandte sich jüngst unter der Ägide der SVP gegen die Abstimmungen pro Gemeinde.

Doch der Entscheid wurde von der sogenannten Jura-Delegation des Kantonsparlaments umgestossen. Diese De-

legation machte Gebrauch von einer Art Vetorecht, das sie in Fragen betreffend des Berner Jura ausüben kann.

Bis zur Januarsession des Grossen Rates ist die Sache nun eingefroren. Dann wird sich das Kantonsparlament ein zweites Mal zur Frage nach den kommunalen Abstimmungen äussern. Bleibt es bei der Ablehnung, müssten die beiden Kantone ihre Absichtserklärung neu verhandeln. Ob die Abstimmung in einem solchen Fall im Herbst 2013 stattfinden könnte, wäre fraglich.

Damit drohte der betroffenen Region eine Zeit der Unsicherheit und der Spannungen. Dies würde wohl auch in beiden Lagern jenen Auftrieb verleihen, die ein Interesse daran haben, dass der Konflikt am Kochen gehalten wird.

Alle Berner haben eine Meinung

Die Entscheide im Grossen Rat stieszen auf grosses Echo. Die Autonomisten übten harsche Kritik am «Diktat der deutschsprachigen Berner». Im anderen Lager lobte man das Berner Kantonsparlament, das nicht bereit sei, die Einheit des Berner Jura aufs Spiel zu setzen. Denn könne jede Gemeinde über einen Kantonswechsel befinden, drohe ein Flickenteppich. SDA

Nachrichten

Die Post verschickt markant mehr Päckli

Bern. Neuer Rekord für die Schweizerische Post: Noch nie wurden zwischen dem 1. und 24. Dezember so viele Pakete in Auftrag gegeben wie dieses Jahr. Waren es in den Vorjahren rund 15 Millionen gewesen, so zählte die Post diesmal rund 16 Millionen verarbeitete Pakete. Doppelt so gross wie sonst übers Jahr war auch die Menge der versendeten Briefe. Sie habe an Spitzentagen bis zu 20 Millionen Sendungen betragen, schreibt die Post weiter. SDA

Weniger SMS, davon aber mehr via Orange

Bern. Weihnachtsgrüsse per SMS und MMS verlieren an Beliebtheit: Marktleaderin Swisscom verzeichnete dieses Jahr an Heiligabend und Weihnachten rund zehn Prozent weniger Text- und Bildbotschaften als 2011. Insgesamt wurden via Swisscom 24,4 Millionen Nachrichten verschickt, wie die Telekomanbieterin mitteilte. Im Vorjahr waren noch 27,3 Millionen Weihnachtsgrüsse über Swisscom versendet worden. Mit 25 Millionen versendeten SMS und MMS an Heiligabend und Weihnachten hat der Mobilfunkanbieter Orange Konkurrentin Swisscom heuer zum ersten Mal übertrumpft. SDA


Mit dem «Jö»-Effekt auf Kundenzug

Bern. Mitgliedschaften bei Umweltorganisationen waren ein beliebtes Weihnachtsgeschenk für Kinder. Die Kinderherzen werden dabei mit blauäugigen Steinböcken, putzigen Pandabären und farbenfrohen Vögeln erobert. Beim Schweizer Vogelschutz heisst die Zeitschrift «Ornis junior»; rund ein Sechstel der insgesamt 1800 «Ornis junior»-Abonnements werden vor Weihnachten abgeschlossen. Auch Pro Natura verzeichnet vor Weihnachten einen Anstieg der Geschenkmittgliedschaften. Ihre Kinderzeitschrift bewirbt die Organisation mit einem Comic-Steinbock namens «Steini». Der WWF spricht mit seinem «LiLu Panda»-Magazin sogar die ganz Kleinen an. Ein putziger Pandabär führt die Dreibis Sechsjährigen durch die Zeitschrift und fordert sie zum Ausmalen von Tieren und Lösen von Rätseln auf. SDA


Viel Arbeit für den Fahrdienst Nez Rouge

Bern. Der Fahrdienst Nez Rouge hat im Dezember bisher 12843 Personen sicher in deren Autos nach Hause gebracht. Am meisten gefragt waren die freiwilligen Chauffeure in der Nacht vom Freitag, 21. auf den Samstag, 22. Dezember. An jenem letzten Arbeitstag vor den Festtagen fuhr Nez Rouge 2054 Personen nach Hause, wie der Fahrdienst mitteilte. Der Höhepunkt steht für Nez Rouge mit der Silvesternacht erst noch bevor. SDA

ANZEIGE



CONFISERIE SPRÜNGLI
Tradition seit 1836



APERITIF KONFEKT:
SO ZART, SO LUFTIG, SO LEICHT

Confiserie Sprüngli Telefon 044 224 47 11
bestell-service@spruengli.ch www.spruengli.ch

